

Niederschrift
über die 38. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg
am 25.04.2013

Tagungsort: Sitzungssaal des Bürgerzentrums "Amt Dornberg",
Wertherstraße 436

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Berenbrinker

CDU

Frau Brinkmann Fraktionsvorsitzende

Herr Graeser

Herr Heimen

Herr Kleinesdar

SPD

Herr Gieselmann

Frau Selle Fraktionsvorsitzende

Herr Sensenschmidt

Frau Viehmeister

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Haemisch

Herr John Fraktionsvorsitzender

Herr Steinkühler

BfB

Herr Huber

Parteilose Mitglieder

Herr Fermann

Nicht anwesend:

Frau Wilmsmeier FDP

Verwaltung

Frau Mosig

Frau Stude

Frau Steinborn

Bauamt

Büro des Rates

Büro des Rates, Schriftführung

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Berenbrinker begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 38. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg vom 17.04.2013 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Er gratuliert Herrn Kleinesdar und Herrn Heimen zu ihren Geburtstagen und wünscht für das neue Lebensjahr alles Gute.

Er führt aus, dass das Sportamt in der kommenden Woche die Renovation des Sportplatzes an der Bavostraße beabsichtigt. Dies habe eine sofortige Sperrung des Platzes für den Zeitraum von ca. 6 Wochen zur Folge, was den SC Babenhausen hinsichtlich der kommenden Spiele vor große Probleme stelle. Er schlägt vor, die Tagesordnung aus Dringlichkeit zu erweitern um die Angelegenheit zu beraten.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um TOP 5.2 – Zustand des Sportplatzes Bavostraße – erweitert.

- Einstimmig beschlossen -

...-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Dornberg

Frau Christa Meyer-Arendt, Dornberger Str. 410, 33619 Bielefeld:

1. Warum wurde der Stichweg zwischen der Dornberger Straße und Twellbachtal zur Einbahnstraße erklärt?

Herr Berenbrinker sagt die schriftliche Beantwortung der Frage durch die Fachverwaltung zu.

2. Wie sehen die Planungen hinsichtlich einer Bebauung zwischen dem Stichweg und der Gaststätte Waldfrieden aus?

Herr Berenbrinker antwortet hierauf, dass es in der Vergangenheit Überlegungen hinsichtlich einer Bebauung des Bereiches gegeben habe, Informationen zu konkreteren Planungen oder auf den Eingang eines entsprechenden Bauantrages lägen jedoch nicht vor.

Herr Carsten Nacke, Storchsbreite 2, 333613 Bielefeld:

3. Was kann der SC Babenhausen gegen die vorgezogene Renovation des Sportplatzes Babenhausen unternehmen, nachdem der Einspruch beim Sportamt keinen Erfolg gebracht hat?

Herr Berenbrinker verweist auf die Beratungen unter TOP 5.2.

...-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 21.03.2013

Herr Steinkühler führt aus, dass zu den Beratungen zu TOP 10.3 – Errichtung einer Kindertagesstätte auf dem Gelände des Hofes Hallau – auf Seite 15, 4. Absatz, protokolliert sei, er habe angeregt „die Zufahrt über die Frohnauer Straße beizubehalten“. Dies sei so nicht richtig, da er die Anbindung an den Kreisverkehr Zehlendorfer Damm über den Seitenstrang der Frohnauer Straße angeregt habe. Das Protokoll sei wie folgt zu korrigieren:

„Herr Steinkühler regt an, die Zufahrt über eine Anbindung an den Kreisverkehr Zehlendorfer Damm herzustellen, aber das Einfahren auf den Hof selbst zu unterbinden, indem eine Art Wendehammer oder Kreisel an der Hofeinfahrt eingerichtet würde.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung der Bezirksvertretung Dornberg am 21.03.2013 wird unter Berücksichtigung der Einwendungen von Herrn Steinkühler nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Frau Steinborn macht folgende Mitteilungen:

Grünflächen an der Buswendeanlage Vulsiekshof

Das Amt für Verkehr habe mit dem Verein Ravensberger Lichtlandschaften eine Pflegevereinbarung über Einsaat und Pflege der Grünflächen an der Buswendschleife Vulsiekshof getroffen. Der Verein plane die Einsaat einer mehrjährigen Blümmischung namens „Schattsaum“.

Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Neuköllner Straße

Bei einem Ortstermin sei festgestellt worden, dass die Beleuchtung in der Neuköllner Straße nicht mehr dem städtischen Beleuchtungsstandard für Wohnstraßen entspreche. Die vorhandenen Aluminiummasten sollen daher ausgetauscht, ein Mast ersetzt sowie zusätzlich ein Mast aufgestellt werden. Der zusätzliche Mast solle, wie die Bestandsmasten, mit LED-Leuchten vom Typ we-ef VFL 540 bestückt werden. Es handele sich um eine Verbesserung der öffentlichen Straßenbeleuchtungsanlage, was die Erhebung von Anliegerbeiträgen zur Folge habe. Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betrage 14.300 €.

Wochenmarkt Schröttinghausen

Herr Berenbrinker teilt mit, dass in Schröttinghausen erstmalig ein Wochenmarkt durchgeführt worden sei. Herr Gieselmann ergänzt, dass 15 Aussteller ein breites Angebot abgedeckt hätten und der Markt von den Besucherinnen und Besuchern sehr gut angenommen worden sei.

Herr Berenbrinker berichtet weiterhin, dass er in Gesprächen mit den Initiatoren die Information erhalten habe, dass die Kosten für die an die Stadt zu entrichtenden Marktgebühren nicht unerheblich seien. Diese Kosten würden nicht an die Markthändler weitergegeben, da diese gerade in den Anfängen, keine hohen Einnahmen hätten. Um die Markthändler dennoch zur Übernahme eines Standes zu bewegen, verzichte man auf Standgebühren. Frau Steinborn berichtet, dass die Grundgebühr in Höhe von 350,00 € in jedem Fall vom Ordnungsamt erhoben werden müsse, da hier kein Ermessensspielraum vorläge. Variabel sei die Höhe der Ausschankgenehmigung, die für gemeinnützige Vereine eine geringere Gebühr vorsehe. Nach Auskunft des Ordnungsamtes werde der Initiativkreis jedoch als „gemeinnütziger Verein“ behandelt und müsse nur die geringeren Gebühren bezahlen.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Schulwegsicherung für die Kinder aus der Straße Leihkamp

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5474/2009-2014

Frau Steinborn stellt die Ergebnisse der Prüfung der Schulwegsicherung für die Kinder der Straße Leihkamp vor.

1. Maßnahmen der Straßenverkehrsbehörde

Fußgängerampel

Die Anordnung sei jedoch nur dort möglich, wo dies aufgrund einer besonderen Gefahrenlage zwingend erforderlich sei. Eine solche Gefahrenlage sei jedoch nicht erkennbar, da der Verkehr auf der Babenhauser Straße immer wieder größere Lücken aufweise, die ein schnelles Überqueren möglich machen würden. Darüber hinaus seien die Vorgaben der Richtlinie für Lichtsignalanlagen (RiLSA) zu beachten, die u. a. eine Häufung von Vorfahrtunfällen in diesem Bereich als Voraussetzung für eine Fußgänger-LSA nennen würden. Eine solche Häufung läge in dem Bereich glücklicherweise nicht vor.

Fußgängerüberweg (Zebrastreifen)

Die Einrichtung eines Fußgängerüberweges scheidet aus, weil diese gem. der Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen (R-FGÜ) nur innerhalb geschlossener Ortschaften und nicht auf freier Strecke eingerichtet werden dürften.

2. Maßnahmen des Landesbetriebes Straßen NRW

Querungshilfe

Aufgrund der Intervention der Grundschule Babenhausen aus Februar 2013 habe der Landesbetrieb Straßen NRW mit Schreiben vom 18.03.2013 mitgeteilt, dass man nach den Osterferien eine erneute Verkehrsbeobachtung zur Ermittlung der Querungszahlen durchführen werde. Sofern im Rahmen dieser Verkehrszählung eine erhöhte Anzahl von Fußgängerquerungen festgestellt würde, wolle die Regionalniederlassung versuchen, im Rahmen der in diesem Bereich der Babenhauser Straße geplanten Baumaßnahmen eine gesicherte

Querungsmöglichkeit zu realisieren. Das Bezirksmanagement werde die Angelegenheit im Rahmen des Controllings verfolgen.

3. Maßnahmen des Amtes für Schule

Verkehrshelferinnen und Verkehrshelfer

Das Amt für Schule habe die Örtlichkeit „Einmündung Leihkamp auf die Babenhauser Straße“ überprüft und bestätige das Ergebnis des Amtes für Verkehr.

Der Einsatz einer Verkehrshelferin oder eines Verkehrshelfers seitens des Schulträgers Stadt Bielefeld sei daher wegen des Fehlens der „besonderen Gefährlichkeit“ derzeit auszuschließen.

Einen freiwilligen Einsatz von Verkehrshelfern (z.B. Eltern, Großeltern) würde die Stadt Bielefeld jedoch zum Beispiel durch Bereitstellung von Warnwesten und Winkerkellen begleitend unterstützen. Da der Einsatz einer Verkehrshelferin bzw. eines Verkehrshelfers einen Eingriff in den Straßenverkehr darstelle, sollte auch die Polizei (Bezirksbeamten) begleitend einbezogen werden (z.B. Schulung und stichpunktartige Kontrollen). Verkehrshelfer seien auch verpflichtet ein „erweitertes amtliches Führungszeugnis“ in der Schule vorzulegen. Die Kosten hierfür würden bei freiwilligen Verkehrshelfern allerdings nicht von der Stadt Bielefeld getragen.

Ein Einsatz von Schülerlotsen habe zwangsläufig auch das Aufstellen von entsprechenden Hinweisschildern zur Folge. Die Genehmigung für das Aufstellen erteile der Landesbetrieb Straßen NRW in Zusammenarbeit mit dem Amt für Verkehr.

Sofern Eltern Interesse an einem Einsatz als Verkehrshelferin oder Verkehrshelfer haben, mögen sie sich mit Frau Steinborn in Verbindung setzen.

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Lenkung des Rad- und Fußverkehrs im Bereich zwischen Universität und Zehlendorfer Damm

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5617/2009-2014

Herr Berenbrinker verliest den Antrag der SPD Fraktion:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung folgende Änderungen bei der Lenkung des Rad- und Fußverkehrs im Bereich zwischen Universität und Zehlendorfer Damm vorzunehmen:

- 1. Zurücknahme des Fußgängergeländers an der Ostseite der Haltestelle Wellensiek.*
- 2. Markierung eines Fahrradstreifens auf der schwarzen Platzfläche südlich der Haltestelle Wellensiek (zwischen Wellensiek und Haltestelle).*
- 3. Entfernung der Fahrradzulassung auf dem Platz nördlich der*

Straße (zwischen Sportheim Wellensiek und der Einmündung Fachhochschule).

4. *Markierung einer Fahrspur auf dem Boulevard zwischen Universität und dem neuen Gelände (ENUS).*

Zu 1.)

Das Zusammendrängen des Fußgänger-Radfahrverkehrs an der benannten Stelle führt zu einer Gefährdung beider Nutzergruppen. Man kann das jetzt schon täglich erleben. Die Änderung der Geländer ist trotz Zusage auch noch nicht erfolgt.

Zu 2.)

Auf dem schwarz gehaltenen Fuß-/Radweg, der Hauptachse für Radfahrer/innen aus dem Wellensiek, dem Lohmannshof, den Studentenheimen und dem Schürmannshof Richtung Innenstadt entstehen jetzt schon täglich gefährliche Situationen, weil bei Richtungsgleichheit von Radfahrern und Fußgängern Richtung Stadt bei Klingelzeichen die Fußgängergruppen nicht wissen, wohin sie sich orientieren sollen: Links oder rechts. Wenn man bedenkt, dass im Moment ja noch nicht einmal die großen Fußgängerströme vorhanden sind, kann man sich lebhaft vorstellen, was passiert, wenn nach Fertigstellung der Neubauten Fußgänger und Radfahrer in großer Zahl aufeinandertreffen. Deshalb ist eine Markierung nötig.

Zu 3.)

Es ist zu beobachten, dass Radfahrer, die stadtauswärts auf dem Platz ab Sportheim Wellensiek fahren, später dann in die Kreuzung geraten und dann irgendwie vor dem Zebrastreifen an der Einfahrt "Assoziation" die Fahrbahn überqueren. Die Lieferwagen und LKWs können es häufig gar nicht fassen, dass bei Ausfahrt aus dem Baugebiet aus ihrer Sicht hinter dem Zebrastreifen plötzlich Fahrradverkehr von links „erscheint“. Auch hier die Feststellung, dass nach Fertigstellung der Bauten ein Vielfaches an Aus- und Einfahrtsverkehr stattfinden wird. Das ist eine durch die Beschilderung „Fahrrad frei“ buchstäblich provozierte Gefahrenstelle. Dann ist es wirklich noch besser, die Radfahrer auf die Fahrbahn zu schicken (oder doch eine markierte Fahrradspur noch nachträglich anzulegen, wie es sie gab, bevor die Situation der Radfahrer/innen dramatisch durch die Platzgestaltung auf der nördlichen Seite verschlechtert wurde).

Zu 4.)

Alle genannten Probleme werden sich auf dem Boulevard zwischen den Unihauptgebäuden und dem ENUS genauso ergeben, weil der Radverkehr unserer Wohngebiete Richtung Stadt (vor allem Berufstätige, Schülerinnen und Schüler) dort im rechten Winkel die Fußgängerströme kreuzen wird. Auch hier ist keinerlei hinweisende Markierung vorgesehen. Aus den Problemen anderer (z. B. der Stadt Würzburg an der Mainpromenade oder die Stadt Friedrichshafen an der Bodenseepromenade) sollten wir lernen: In beiden Fällen wurde die Nutzergruppen nach kurzer Zeit streng getrennt, weil die Vermischung überhaupt nicht haltbar war. Wir könnten durch eine sinnvolle Markierung am südlichen Rande des Boulevards frühzeitig Probleme präventiv lösen.

Wir verweisen insbesondere auch auf den besorgten Brief der Bielefelder Kinder und Jugendärzte vom 22.3.13 in dem beobachtete Verschlechterungen des Radwegnetzes beklagt werden

Herr Sensenschmidt macht darauf aufmerksam, dass es ein gutes, funktionierendes Radwegenetz gegeben habe, welches durch die Neugestaltung zerschnitten worden sei. Der Platz für eine Radspur sei vorhanden gewesen und es könne nicht nachvollzogen werden, warum die Verwaltung diese Umgestaltung vorgenommen habe.

Herr Fermann verkündet, den Antrag nicht zu unterstützen, da er es nicht für rational halte.

Herr Kleinesdar führt aus, dass er es für sehr gefährlich halte, dass der Radweg in Höhe Rottmannshof auf die Straße geführt würde, da hier für die Kraftfahrzeuge unerwartet plötzlich Radverkehr von rechts käme. Durch den Umbau sei die Straße sehr eng geworden und die derzeitige Lösung stelle eine große Gefahr dar.

Die CDU-Fraktion unterstütze den Antrag und er regt an eine rote Abmarkierung vorzunehmen. Er weist darauf hin, dass zu Punkt 4 des Antrages die Zuständigkeit der Dornberger Bezirksvertretung fehle.

Herr John und Herr Steinkühler begrüßen ebenfalls den Antrag der SPD-Fraktion und machen auf die Gefahren aufmerksam. Die Markierung eines gesonderten Radweges würde mehr Sicherheit schaffen. Besonders unverständlich sei zudem, dass die vorhandene Gefahrensituation an den Geländern immer noch nicht vollständig behoben sei. Lediglich ein Gelände sei korrigiert worden, ein weiteres auf der anderen Seite sei im alten Zustand.

Frau Selle macht darauf aufmerksam, dass zwar eine direkte Zuständigkeit nicht gegeben sei, da jedoch die Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtbezirk Dornberg von den Auswirkungen betroffen seien, sollte ein entsprechender Hinweis auf jeden Fall erfolgen.

Die Mitglieder der Bezirksvertretungen einigen sich hinsichtlich eines Zusatzes, in dem die die Verwaltung gebeten werde, zur Markierung einer Fahrspur auf dem Boulevard zwischen Universität und dem neuen Gelände (ENUS), einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu erarbeiten und der Bezirksvertretung Schildesche zur Beschlussfassung vorzulegen.

Hinsichtlich der Entschärfung der Situation des Radverkehrs auf der Straße solle die Markierung zurückgenommen werden und alternativ ein Radweg auf den anthrazit farbigen Flächen geschaffen werden.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg beauftragt die Verwaltung folgende Änderungen bei der Lenkung des Rad- und Fußverkehrs im Bereich zwischen Universität und Zehlendorfer Damm vorzunehmen:

- 5. Zurücknahme des Fußgängergeländers an der Ostseite der Haltestelle Wellensiek.**
- 6. Markierung eines Fahrradstreifens auf der schwarzen Platzfläche südlich der Haltestelle Wellensiek (zwischen Wellensiek und Haltestelle).**
- 7. Rücknahme der vorhandenen Markierungen und Aufbringung einer Fahrradspur mit Piktogramm auf den beiden Anthrazitflächen links und rechts der Einmündung und darüber hin-**

aus.

8. Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung hinsichtlich der Markierung einer Fahrspur auf dem Boulevard zwischen Universität und dem neuen Gelände (ENUS) einen entsprechenden Beschlussvorschlag zu erarbeiten und der Bezirksvertretung Schildesche zur Beschlussfassung vorzulegen.

-abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 5.2 Zustand des Sportplatzes Bavostraße

Herr Berenbrinker führt aus, dass das Sportamt in einem gemeinsamen Ortstermin mit dem Umweltbetrieb festgestellt habe, dass der Sportplatz Bavostraße durch Wühlmäuse stark untergraben worden sei. Hierdurch sei eine erhöhte Unfallgefahr entstanden. Der Umweltbetrieb habe versucht mit einem Terra Spike das Erdreich aufzulockern und wieder anzuwalzen, was die Situation jedoch nicht verbessert habe. Zur Wiederherstellung eines verkehrssicheren Zustands werde nun die für die Sommerpause geplante Renovation vorgezogen. Daher solle der Sportplatz ab sofort bis voraussichtlich Juni 2013 gesperrt werden.

Frau Viehmeister führt aus, dass der SC Babenhausen große Probleme mit der Durchführung der kommenden Spiele und der Trainingszeiten habe. So müssten die Eltern die Kinder zu alternativen Spielplätzen fahren, was einen großen Aufwand bedeute. Darüber hinaus würde der Verein die fehlende Kommunikation bemängeln. So seien nachvollziehbare Gründe für die vorgezogene Renovation von Seiten der Verwaltung nicht vorgebracht worden. Augenscheinlich mache der Platz einen guten Eindruck und man würde nicht verstehen, warum die Renovation nicht bis zum 31.05.2013 ausgesetzt werden könnte.

Herr Graeser schlägt vor, dass Verwaltung und Verein zur Findung einer gemeinsamen Lösung zusammentreffen sollen. Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen dies und wünschen sich Transparenz hinsichtlich der Entscheidungsfindung.

Frau Brinkmann erinnert daran, dass der TuS Hoberge-Uerentrup über freie Kapazitäten verfüge und damit relativ nah eine gute Ausweichmöglichkeit bestünde.

Die Bezirksvertretung Dornberg wünscht eine Kontaktaufnahme der Verwaltung mit dem Verein zur Unterstützung des SC Babenhausen bei der Durchführung der kommenden Spiele. Die Renovation soll verschoben und gemeinsam mit dem Verein geschaut werden, wie eine Beispielbarkeit des Platzes – auch mit tatkräftiger Unterstützung der Vereinsmitglieder – kurzfristig und bis zur endgültigen Renovation hergestellt werden kann. Es soll kurzfristig eine Rückmeldung der Ergebnisse an die Bezirksvertretung über das Bezirksmanagement erfolgen.

Herr John stellt folgenden Antrag:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung mit dem SC Babenhausen Kontakt aufzunehmen und gemeinsam eine Lösung zu finden um kurzfristig eine Beispielbarkeit des Sportplatzes Bavostraße herzustellen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg bittet die Verwaltung mit dem SC Babenhausen Kontakt aufzunehmen und gemeinsam eine Lösung zu finden um kurzfristig eine Beispielbarkeit des Sportplatzes Bavostraße herzustellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6

Bezirkliche Sondermittel

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren die Größe einer Gieskannenanlage für den Friedhof in Kirchdornberg. Herr Steinkühler berichtet, dass es 2 Größen mit 4, bzw. 6 Gieskannen gebe. Man einigte sich darauf, zunächst die kleinere Größe mit 4 Kannen zu nehmen und dann bei Bedarf im nächsten Jahr ggfls. noch eine zweite Anlage an anderer Stelle einrichten.

Frau Brinkmann erinnert an die Förderung für den TuS Hoberge-Uerentrup und die Mitglieder der Bezirksvertretung fassen folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg finanziert aus den bezirklichen Sondermitteln

eine Minispinne (Gieskannenanlage) für den Friedhof in Kirchdornberg	350,00 €
Förderung für den TuS Hoberge- Uerentrup	500,00 €

- einstimmig beschlossen -

Frau Selle regt an, im Anschluss an die Umgestaltung und Sanierung des Parkplatzes am Bürgerzentrum über eine gestalterische Investition für den Bereich nachzudenken. So könne ein neuer Findling etc. angeschafft werden.

Zu Punkt 7

Baumaßnahmen im öffentlichen Verkehrsraum 2013 - 2014

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5515/2009-2014

Herr Kleinesdar macht darauf aufmerksam, dass die Baumaßnahme Nr. 93 – Werther Straße zwischen Wellensiek und Zehlendorfer Damm – für das 3. und 4. Quartal 2014 vorgesehen sei und aufgrund der anfallenden Arbeiten und vor dem Hintergrund des im Winter zu erwartenden Wetters mit einer Fertigstellung der Arbeiten somit erst in 2015 gerechnet werden müsste.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung argumentieren, dass aufgrund der Verschiebung der Maßnahme aus 2012 in 2014 bereits eine Verzögerung eingetreten sei und die Maßnahme in jedem Fall vor der Winterpause 2014/2015 abgeschlossen sein müsste.

Herr Kleinesdar stellt daher folgenden

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten die Baumaßnahme Nr. 93 – Wertherstraße zwischen Wellensiek und Zehlendorfer Damm – um mindestens ein Quartal vorzuziehen um eine Fertigstellung in 2014 zu ermöglichen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis und bittet die Verwaltung die Baumaßnahme Nr. 93 – Wertherstraße zwischen Wellensiek und Zehlendorfer Damm – um mindestens ein Quartal vorzuziehen, um eine Fertigstellung in 2014 zu ermöglichen.

- einstimmig beschlossen -

:-:-

Zu Punkt 8

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 8.1

Trauungen im Stadtbezirk Dornberg

Frau Steinborn verteilt folgende Mitteilung des Bürgeramtes:

Beschluss der Bezirksvertretung Dornberg vom 21.3.2013 zum Schaffen von Möglichkeiten zur standesamtlichen Eheschließung im Bürgerzentrum Dornberg

Die Bezirksvertretung Dornberg hat den Wunsch geäußert, im dortigen Bürgerzentrum standesamtliche Trauungen vornehmen zu lassen.

Wir haben das Anliegen sorgfältig geprüft, das von seiner Grundaussage her (= vermehrt Eheschließungen in die Stadtbezirke zu verlagern) nicht neu ist. Die gewünschten Eheschließungen im Bürgerzentrum Dornberg

werden sich jedoch aus den nachfolgenden Gründen nicht verwirklichen lassen.

Neben dem Rathaus bietet das Standesamt derzeit Eheschließungen in acht externen Räumlichkeiten im Stadtgebiet an, und zwar

StBez Mitte	Museum Huelsmann, Ravensberger Park
StBez Mitte	Sparrenburg
StBez Mitte	Bauernhaus-Museum/Ochsenheide
StBez Mitte	Schüco-Arena
StBez Heepen	Alte Vogtei, Heeper Straße 442
StBez Jöllenbeck	Heimathaus Jöllenbeck, Amtsstraße
StBez Senne	Heimathaus Senne, Vennkampweg
StBez Senne	Museumshof Senne, Buschkampstraße

Dieses ist nach unserer Meinung ein vollständiges, vor allem aber ein ausreichendes Angebot für Bielefeld¹. Wir sind damit diejenige Stadt, die bundesweit schon jetzt führend ist mit Orten außerhalb des Standesamtes, an dem Ehen geschlossen werden können.

Die Eheschließungen erfolgen üblicherweise zu den Öffnungszeiten des Standesamtes; freitags wird die letzte Eheschließung für 13.00 Uhr terminiert. Darüber hinaus werden an jedem 2. Freitag im Monat nachmittags und an zwei Samstagen im Monat Trauungen durchgeführt.

Diese Trauungen nehmen derzeit sechs Standesbeamte vor. Für die Standesbeamten ist eine Belastungsgrenze erreicht, weil – wie erst jüngst geschehen – in einer Woche 48 (!) Eheschließungen anstanden. Diese verteilen sich aber nicht – wie man rechnerisch ermitteln könnte – gleichmäßig auf die oben erwähnten „Werk“-Tage des Standesamtes, sondern konzentrieren sich in erster Linie auf den Freitag. Natürlich wäre das Standesamt auch in der Lage (und es wäre vom Personaleinsatz auch optimaler zu steuern), dienstags oder mittwochs Eheschließungen vorzunehmen. Das scheitert aber an der Weigerung der Brautleute, die sich an solchen Tagen (wegen der anschließenden Feiern) nicht trauen lassen wollen. Bei 48 Trauungen in einer Woche – und massiv auf fr./sa. konzentriert – bedeutet das, dass jeder Standesbeamte wöchentlich 9,6 Trauungen vorzunehmen hatte.

Dabei ist zu beachten, dass auch ein praxiserprobter, belastbarer Standesbeamter regelmäßig nicht mehr als fünf Trauungen hintereinander qualifiziert durchführen kann, da außer der Trauansprache auch bei entsprechender Vorbereitung im Standesamt vor jeder Trauung notwendige Verfahrensschritte (Überprüfung der Identitäten und Meldeadressen, Eintragung von Trauzeugen, ggf. Vereidigung eines Dolmetschers, kurzfristig erforderlich gewordene Ermächtigung durch auswärtige Standesämter) durchzuführen sind. Eine weitere Erschwernis bei Eheschließungen in den externen Trauorten ergibt sich aus dem Umstand, dass der Standesbeamte dort keine technischen Hilfsmittel und keine Unterstützung durch Mitarbeiter hat. Zusätzlich wird für die zunehmende Zahl deutsch-ausländischer Paare ein erhöhtes Prüfungsverfahren verlangt, das sehr zeitaufwendig ist.

Das Öffnen eines weiteren (dann neunten) externen Trauzimmers ist auf-

¹ mit 2012: 1.405 Eheschließungen

grund der eingeschränkten Personalkapazitäten des Standesamtes **nicht möglich** – zumal dort auch im Rahmen der jetzt anstehenden Sparmaßnahmen die freiwerdende Stelle eines Standesbeamten nicht wieder besetzt wird. Auch können – was ohne genaue Kenntnis der Hintergründe nahe läge – keine Standesbeamten aus den Bereichen Geburten/Sterbefällen² für Trauungen herangezogen werden, weil dann kein geordneter Kundenservice mehr in den genannten Bereichen gewährleistet werden kann (und man Kunden, die auf Sterbeurkunden warten, nicht unter Hinweis auf Eheschließungen wird trösten können, weil Bestattungen ohne Sterbeurkunde nicht zulässig sind).

Eine Veränderung der Angebotsstruktur ist nur dann zweckmäßig, wenn damit eine Verbesserung der Gesamtsituation erreicht wird. Nach Ansicht des Standesamtes und der hier angesiedelten unteren Standesamtsaufsicht ist das bei dem Wunsch, einen zusätzlichen Trauort im Stadtbezirk Dornberg anzubieten, nicht der Fall.

Außer den im kommunalpolitischen Raum gefassten Beschlüssen³, derartiges wahrzunehmen, gibt es auch kein belastbares Zahlenmaterial darüber, ob und in welchem Umfang in Dornberg Eheschließungen gewünscht waren bzw. werden. Man kann das auch für die Vergangenheit deswegen nicht ermitteln, weil der Wohnort von Brautleuten bei Weitem nicht ausschlaggebend für den Ort ist, an dem die standesamtliche Eheschließung erfolgt.

Wir weisen noch auf die Kosten hin, die dadurch entstehen, dass zusätzliche (auswärtige) Orte für die Eheschließung bestimmt werden. Das Eingehen neuer Verpflichtungen in Form von Anmietungen (hier: freiwillige Leistungen) lässt die derzeitige Haushaltssituation nicht zu. Schon vor diesem Hintergrund ist der Ansatz, Trauungen auch künftig im dortigen Bürgerzentrum anzubieten, zwar als achtbar zu bezeichnen, jedoch aus unserer Sicht nicht praktikabel.

Die gegenwärtige Haushaltssituation ist bekanntlich auch dadurch gekennzeichnet, dass Einsparungen und Standard-Absenkungen vorgenommen werden sollen. Es verträgt sich mit diesen Vorgaben in keiner Weise, wenn - statt bestehende Trauorte zu schließen - noch ein weiterer hinzukommt. Aus diesem Grunde haben wir zwar die Örtlichkeit besichtigt; das Bürgerzentrum wäre von seiner Ausstattung her (behindertengerechter Zugang, Toiletten, Ausstattung der Räume usw.) durchaus geeignet, in die Reihe der obigen externen Trauzimmer aufgenommen zu werden. Weil die Standardabsenkung von Verwaltungsdienstleistungen und das Eingehen neuer Verpflichtungen ohnehin nicht zulässt, dass der vorgeschlagene Trauort zusätzlich eingerichtet wird, haben wir entsprechende Überlegungen nicht weitergeführt.

Dr. Witthaus
Beigeordneter

Die Mitglieder der Bezirksvertretung zeigen Unverständnis gegenüber der Entscheidung zu der Durchführung von Trauungen in Dornberg und bedauern, dass eine Umsetzung nicht möglich sei.

² In 2012: 4.079 Geburten; 3.712 Sterbefälle

³ aktuell u.a. in der Bezirksvertretung Brackwede zum dortigen Heimathaus (Rotes Amt) und zu Niemöllers Mühle

Es wurde festgestellt, dass Einsparungen von Seiten der Verwaltung immer tiefere Einschnitte vornehmen und vor Allem im Bereich der Stadtbezirke vorgenommen würden. Hier müsse einmal generell überprüft werden, in wie weit diese Einsparungen für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtbezirkes zukünftig noch tragbar seien. Derzeit stünden Überlegungen zur Schließung der Bürgerberatungen, z.B. auch in Dornberg an. Für die vor Allem älteren Bürgerinnen und Bürger bedeute es eine Zumutung, in jedem Fall bis in die Innenstadt zu fahren. Der Stadtbezirk Dornberg sei einfach zu weit vom Rathaus entfernt.

Der Standort in Dornberg müsse gestärkt werden und es müssten Überlegungen angestellt werden, in wie weit das Bürgerzentrum mit der Bürgerberatung als Unterstützung für die Bürgerberatung in Mitte dienen könne. Die Bürgerberatung im Rathaus sei schließlich häufig zu voll.

Herr Fermann regt an, dass Herr Berenbrinker mit Herrn Oberbürgermeister Clausen bezüglich einer drohenden Schließung der Bürgerberatung sprechen solle. Herr Berenbrinker sagt dies zu.

Herr John stellt die Idee einer Einwohnerversammlung zur Information über anstehende Einsparmaßnahmen und deren Folgen für die Menschen im Stadtbezirk Dornberg zur Diskussion.

Die Idee wird begrüßt. Zunächst sollten Themen zusammengetragen werden, die von Einsparmaßnahmen betroffen seien. Für den Bereich des Bürgerzentrum solle eine Stellungnahme zum gesamten Leistungsangebot, den Nutzungszahlen, Personalbedarf etc. vom Bürgeramt eingeholt werden.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung sprechen sich einstimmig für die Durchführung einer Einwohnerversammlung zur Information der Anwohnerinnen und Anwohner über anstehende Einsparmaßnahmen im Stadtbezirk Dornberg aus.

-.-.-

Zu Punkt 8.2

Verbesserung des Beleuchtungsniveaus im Stadtbezirk Dornberg / KAG-Beiträge

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5501/2009-2014

Die Mitglieder der Bezirksvertretung diskutieren die Informationsvorlage der Verwaltung auch vor dem Hintergrund der unter TOP 3 gemachten Mitteilung zur Verbesserung der Straßenbeleuchtung in der Neuköllner Straße.

In der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtteilentwicklung am 17.01.2013 habe man gegenüber dem Amt für Verkehr deutlich gemacht, dass eine Information der Anwohnerinnen und Anwohner vor Erhebung der Beiträge gewünscht werde. Dies sei in der Neuköllner Straße erneut nicht erfolgt und müsse umgehend nachgeholt werden. Bei zukünftigen Erhebungen von KAG-Beiträgen im Stadtbezirk Dornberg solle vorher unbedingt eine Information über den Erhebungsgrund und die genaue Höhe

der Kosten vorgenommen werden. Darüber hinaus sollte bei einer nicht dringend notwendigen Verbesserung der Straßenbeleuchtung die Anwohnerinnen und Anwohner gefragt werden, ob sie eine solche, kostspielige Verbesserung überhaupt wünschen würden. Auch das sei in der Neuköllner Straße nicht erfolgt.

Erneut wird festgestellt, dass eine Kostenerhebung aufgrund der Änderung der Leuchtmittel objektiv betrachtet für die Anwohnerinnen und Anwohner keine tatsächliche Verbesserung darstelle, sondern lediglich die Stadt Bielefeld Vorteile aufgrund der Energieeinsparungen habe. Diese Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger zu übertragen sei in Frage zu stellen, jedoch scheine es ja keine Möglichkeiten zu geben auf eine Kostenerhebung zu verzichten.

Es sei jedoch wichtig den Anwohnerinnen und Anwohnern die Entscheidungen transparent zu machen und sie frühzeitig zu informieren. Dies könne zum Beispiel auch durch Einwohnerversammlungen erfolgen

Herr Berenbrinker formuliert folgenden

Antrag:

Die Bezirksvertretung Dornberg fordert die Verwaltung auf, vor Erhebung von KAG-Beiträgen eine Information der Anwohnerinnen und Anwohner über den Erhebungsgrund und die genaue Höhe der Kosten vorzunehmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Dornberg nimmt die Informationsvorlage zu Kenntnis und fordert die Verwaltung auf, vor Erhebung von KAG-Beiträgen eine Information der Anwohnerinnen und Anwohner über den Erhebungsgrund und die genaue Höhe der Kosten vorzunehmen. Für die Neuköllner Straße ist diese Information umgehend vorzunehmen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.3

Umzugsbeding gegebene Erweiterung der Stapenhorstschule

Frau Steinborn teilt mit, dass der Schul- und Sportausschuss, die Bezirksvertretung Mitte und der Rat entschieden hätten, dass das Gutenberggebäude dem Abendgymnasium zur Verfügung gestellt werde und sich daher keine Veränderung bei der Stapenhorstschule ergebe. Die Schule sei planmäßig dreizügig, was auch im Fall eines Umzugs in das Gutenberggebäude so geblieben wäre. Die in der Bezirksvertretung Dornberg diskutierte, bzw. befürchtete Vierzügigkeit (die evtl. zu Lasten Dornberger Grundschulen gegangen wäre) sei von der Verwaltung nicht intendiert. Mit 56 Anmeldungen sei die Stapenhorstschule zum Schuljahr 2013/14 sogar „nur“ zweizügig, was den Platzmangel der OGS ein wenig mildern könne.

Der Schul- und Sportausschuss habe das Amt für Schule allerdings beauftragt, ein Konzept für die Schulentwicklung der Primarstufe im Bielefelder Westen zu erarbeiten, das die veränderten Raumbedarfe infolge der großen Nachfrage nach OGS-Plätzen berücksichtige. Dieses Konzept werde im „Bielefelder Westen“ auch Dornberger Grundschulen umfassen. Zur Zeit ermittle das Amt für Schule die OGS-Platzzahrentwicklung für das Schuljahr 2013/14 und den daraus abzuleitenden, ggf. weiter steigenden Raumbedarf der Schulen. Nach Erstellung des Konzeptes werde das Amt für Schule die politischen Gremien informieren.

-.-.-

Bielefeld, 17.05.2013

Berenbrinker,
Bezirksbürgermeister